

DENK!

MA!!

Exklusiv zur Veröffentlichung Eurer Meinungen!

Ausgabe Nr. 3

Monatszeitschrift

Februar 2009

Bernd Rill, München

„Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch“ – oder ?

Im Dezember 2008 hat die CDU auf ihrem Stuttgarter Parteitag den Antrag formuliert, den Artikel 22 des Grundgesetzes, in dem bereits die Hauptstadt Berlin und die Staatsflagge Schwarz-Rot-Gold festgelegt sind, um den Satz zu erweitern: „Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch“.

Bundeskanzlerin Merkel nahm diese Anregung nicht auf. Ich unterstelle ihr taktische Gründe, keine irgendwie kulturellen: mit diesem Thema ließe sich im Wahlkampf 2009 zu wenig anfangen. Denn es gerät sofort in die Debatten unserer nun einmal pluralistischen Gesellschaft, die neben vielen unverzichtbaren Vorteilen auch den Nachteil hat, daß sie das Zerreden von wichtigen Gegenständen begünstigt, in beliebig geistvollen Diskussionen, die auch ins Platte abrutschen können.

So ist es unfehlbar auch mit der „Staatsprache Deutsch im Grundgesetz“ geschehen. Man kann sich der Frage auch nüchtern nähern, nämlich von der juristischen Erfahrung her. Da spricht vieles für die Auffassung von Professor Papier, dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, man solle das Grundgesetz nicht mit „Verfassungsliteratur“ überfrachten. Damit meinte er wohl: viele Faktoren, die eine lebendige Gesellschaft bestimmen und für sie von großer Bedeutung sind, entwickeln sich außerhalb der Verfassung, die ihnen nur den notwendigsten weltanschaulichen (Grundrechte !) und ansonsten überwiegend organisatorischen Rahmen gibt. Das ist auch in Ordnung so, denn eine freiheitliche und dementsprechend pluralistische

Fortsetzung weiter auf Seite 5

E. Philipp, 85716 Unterschleißheim

90 Jahre Frauenwahlrecht

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ist zur Zeit das beherrschende Thema, das keinen ausläßt. Andererseits gibt es einen Jahrestag, der dadurch fast in's Abseits gerät, obwohl er für unsere Demokratie und Gesellschaft von großer Wichtigkeit ist: nämlich die Einführung des passiven und aktiven Frauenwahlrechtes in Deutschland vor 90 Jahren.

Als im Jahre 1918 das Kaiserreich gestürzt wurde, entstand in Deutschland die erste Republik und die Frauen durften 1919 das erste Mal bei der anschließenden Wahl zum

Reichsrat ihr Wahlrecht ausüben. An diese neue Situation mußten sie sich erst gewöhnen, denn es gab viele Widerstände und wenig Begeisterung, insbesondere bei den Herren der Schöpfung, die das Wahlrecht der Frauen ziemlich überraschend zu akzeptieren hatten. Es kam wie es kommen mußte, im Jahre 1933 fand das NS-Regime zurück zur mittelalterlichen Meinung, die 3 K's wieder auffrischen zu müssen: „Kinder“, „Küche“, nein - nicht „Kirche“ sondern K, wie "Kreuz" = "Mutterkreuz" und schafften das Frauenwahlrecht sofort wieder ab. Erst mit der Demokratisierung der Nachkriegszeit bekamen die

Fortsetzung weiter auf Seite 2

Inhalt:	Seite
„Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch“, - oder?	
B. Rill	1
90 Jahre Frauenwahlrecht, E. Philipp	1
Reformieren statt kachieren, K.-H. Nagel	2
Deutsche Heimat für die Guantánamo-Häftlinge, W. Dietl	3
Ein modernes Märchen -, K. Strauch	7
Mit der Hilfe des Allm-chtigen, Reuven Cabelmann	9
Die Mär von der Steuersenkung , Dr. S. Harun-Mahdavi	11
Über den Herausgeber	12
Impressum	12

Das Volk spendet seine Gunst - niemals sein Vertrauen!

Anoine Conte de Rivarol

90 Jahre Frauenwahlrecht*Fortsetzung von Seite 1*

Frauen wieder ihre Chance.

In der Zwischenzeit zeigt sich, daß das politische Engagement der Frauen nicht mehr wegzudenken ist; sie nehmen nicht nur ihr Wahlrecht wahr, sondern sind in der Zwischenzeit eine "starke Größe" geworden: - Die derzeitige Bundeskanzlerin ist eine Frau!

Trotzdem ist festzustellen, daß sie in den Parlamenten und in der Kommunalpolitik noch immer unterrepräsentiert sind, aber auch das wird sich sukzessive ändern. Denn - Meinungsforschungsinstitute bescheinigen durch Befragungen von Frauen und Männern, daß Frauen besonders teamfähig und sachorientiert sind und, daß sie sozialverträglicher entscheiden als Männer.

Es wird weiter festgestellt, daß Frauen besonders gut mit dem Alltag vertraut sind und deswegen schon viel von Frauen für Frauen erreicht worden ist. Die Feststellung, daß sich gerade junge Frauen noch zu wenig in die Politik einmischen - dies zeigt sich besonders durch ihre unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung - wird sich mit der Zeit ändern lassen, denn sich einmischen heißt auch, etwas ändern können! Hier sind ganz ausdrücklich das Elternhaus, aber auch die Schulen gefragt, die das politische Denken in die Köpfe ihrer Töchter (und Söhne) einbringen sollten ja sogar m ü s s e n !

Weiter gibt es Mentoring-Programme für junge Frauen, die in die Politik reinschnuppern wollen. Diese Chance sollte genutzt werden, genau so wie die Kampagne des Bundesfamilienministeriums: "Frauen Macht Kommune", wodurch diese ermutigt werden, sich erst einmal mit der Kommunalpolitik zu beschäftigen; - alle weiteren politischen Möglichkeiten sind dann offen.

90 Jahre Frauenwahlrecht - ein schwer erkämpftes Recht, auf das k e i n e Frau verzichten darf, sondern eher als Verpflichtung sehen sollte!*

Karl-Heinz Nagel, 83257 Gstadt

Reformieren statt kaschieren

Gibt es ein gerechtes Gesundheitssystem?

Wie könnte (sollte) ein gerechteres Gesundheitssystem aussehen?

Von vielen Seiten wird unser Gesundheitssystem unter die Lupe genommen und zumeist kritisiert.

Die Krankenkassen verlangen mehr Geld, damit sie den Arzthonoraren, Arznei- und Krankenhauskosten gerecht werden können.

Ob nun ein Krankenkassenanteil von 14,5 % oder 15,5 % vom Bruttolohn einbehalten wird, ist dabei unerheblicher als zielgerichtete Konsequenzen.

Warum wird bei der Prämienberechnung nicht auch das Verursacherprinzip zugrunde gelegt, wenigstens im kontrollier- und überschaubaren Bereich?

Wir alle wissen es, lesen und hören es fast täglich: Wir Deutschen seien übergewichtig und sogar von den Kindern sei jedes fünfte zu dick.

Man weiß auch inzwischen quer durch alle Bildungsschichten, dass Knie- und Hüftprobleme, Diabetes, Bluthochdruck, Schlaganfälle etc. vorprogrammiert sind, wenn man nicht gesund lebt.

Wie wäre es denn, wenn man eine bewusste, kontrollierte Lebensweise belohnen würde, z.B. durch günstigere Krankenkassentarife?

Das würde bedeuten, dass unter Zugrundelegung eines sog. Bodymassindex jedes Kilo Mehrgewicht mit einem Zuschlag von 5 % auf den Krankenkassentarif „bestraft“ werden sollte. Wer also 10 kg Übergewicht angefüllt hat, zahlt 50% mehr Krankenkassenbeitrag als der Normalgewichtige (auch der Verfasser dieser Zeilen müsste dann 25 % höhere Beiträge bezahlen).

Kommen wir zum nächsten Kostenverursacher im Gesundheitswesen – dem Raucher.

Egal, wie hoch das Körpergewicht ausfällt, der Raucher müsste automatisch 50 % höhere Beiträge bezahlen, ebenso der Alkoholiker.

Kann man das Gewicht durch Messungen in jährlichen Abständen kontrollieren, so müssten die beiden nachgenannten gesundheitsschädlichen Verhaltensweisen Rauchen und Trinken durch geeignete Untersuchungen kontrolliert werden.

Schließlich weiß fast jeder, dass Übergewicht, Rauchen und Alkoholkonsum die Ursachen für die Volkskrankheiten Diabetes, Herz- und Kreislauferkrankungen, Krebs etc. sind. Nicht zuletzt zählen die OP's des Bewegungsapparates als Folge des Übergewichts zu den kostenträchtigsten Erkrankungen.

Einen weiteren, nicht unerheblichen Kostenfaktor stellen die vielen Sportunfälle dar, deren Kosten alle Versicherten mittragen müssen.

So hört und liest man in diesen Tagen von unzähligen Skiunfällen mit – wie bekannt ist – hohen Kosten für die Wiederherstellung der Gesundheit.

Die mit Gefahren verbundene Teilnahme am Straßenverkehr wird von der Kfz-Versicherung getragen,

Fortsetzung weiter auf Seite 3

Reformieren statt kaschieren*Fortsetzung von Seite 2*

darum sollte in angemessenem Rahmen jede Sportart nach ihrem Gefahrenpotential versicherungspflichtig sein, wie z.B. Wintersport, Reiten, Drachenfliegen etc. etc. .

Natürlich darf man bei den Kosten die Ärzteschaft nicht unerwähnt lassen. So lag der durchschnittliche Jahreshonorarumsatz 2007 für einen Facharzt in Bayern hochgerechnet bei knapp 192.000 € (Erklärung des Verbandes der Ersatzkassen e.V. München).

Nur wenn man die Masse der Versicherten an den hohen Kosten beteiligt, die durch krankheits- und unfallverursachende Lebensweisen entstehen, könnte ein Erziehungseffekt ausgelöst und die Senkung der Kosten durch Beteiligung der Versicherten erreicht werden.

Frau Gesundheitsministerin Schmidt: Worauf warten wir noch? *

W. Dietl, 93402 Cham

Deutsche Heimat für die Guantánamo-Häftlinge

Die Fakten sind allgemein bekannt. Trotzdem will ich sie kurz zusammenfassen, damit die daraus folgenden Argumente keine falsche Auslegung zulassen:

Die US-amerikanische Marinebasis Guantánamo Bay, auch „Gitmo“, umfasst eine Fläche von 117,6 Quadratkilometern, was etwa der Größe von Manhattan entspricht, und befindet sich im Osten der Karibikinsel Kuba. Die Amerikaner schlossen 2003 einen Leihvertrag, der 99 Jahre laufen sollte. Bis 1934 zahlten sie jährlich 2000 US-Dollar Pacht. Nach der Machtergreifung durch Fidel Castro erklärte die kubanische Regierung das Pachtverhältnis für beendet. Das wurde von den Amerikanern bis heute ignoriert. Sie schicken die Miete regelmäßig per Scheck. Castro löste ihn seit 1960 nicht mehr ein. Das Weiße Haus ist nicht gewillt Guantánamo aufzugeben. Die Kubaner sind zu schwach, es militärisch zurück zu erobern.

2001: Nach den verheerenden Anschlägen in New York und Washington verkündet Verteidigungsminister Donald Rumsfeld die Entscheidung seiner Regierung, verdächtige Taliban- und Al-Qaida-Kämpfer auf der entlegenen Marinebasis Guantánamo in Kuba zu internieren. Dort

könnten sie kein amerikanisches Gericht anrufen, weil sie sich nicht auf amerikanischem Boden befinden würden.

2002: Das Gefangenenlager wird in Betrieb genommen. Es besteht eigentlich aus drei Lagern: Camp Delta, Camp Iguana und Camp X-Ray. Seither werden hier 775 Gefangene aus 30 Nationen untergebracht. Aktueller Stand: 245 Häftlinge.

2003: Erste Fälle werden verhandelt. Die Menschenrechtsdiskussion um das Gefangenenlager Guantánamo beginnt.

2004: Im Juni verkündet der Oberste Gerichtshof in Washington ein sensationelles Urteil. Auch ohne amerikanische Staatsbürgerschaft zu besitzen, hat jeder Angeklagte das Recht, sich vor einem amerikanischen Gericht gegen die Vorwürfe zu verteidigen. Im Juli entstehen erste „Combatant Status Review Tribunals“ (CSRT's). Es bleibt umstritten, ob die Gefangenen von der US-Verfassung geschützt sind.

2005: Streit über den Status und die Behandlung der Gefangenen zwischen verschiedenen Bundesbehörden. Die Justiz bleibt bei ihrer Entscheidung, den Internierten Rechtsschutz zu geben. Sie verweist auf die Verfassung. Der Kongress umgeht das und setzt auf Militärtribunale. Haftprüfungsfälle werden den US-Gerichten wieder genommen und den Militärtribunalen zugeteilt. Die Justiz sieht die Tribunale als verfassungswidrig an.

2006: Supreme Court und Kongress streiten darüber, ob der neu beschlossene „Detainee Treatment Act“ rückwirkend angewandt werden kann. Wenn das Gesetz legal ist, dann dürfen die Gerichte nicht mehr über Haftprüfungsfälle entscheiden. Der Kongress beschließt im Oktober den „Military Commissions Act“, der den Obersten Gerichtshof umgeht und nicht-amerikanischen Häftlingen das Recht auf Haftprüfung abspricht. Der Präsident bekommt das Privileg zugesprochen, auch Amerikaner oder Personen mit US-Aufenthaltserlaubnis als „unlawful enemy combatants“ einzustufen.

Fortsetzung weiter auf Seite 4

Die zukünftigen jungen Generationen müssen endlich von Altlasten früherer Generationen befreit werden!

Deutsche Heimat für die Guantánamo-Häftlinge*Fortsetzung von Seite 3*

2007: Der Streit geht weiter mit dem Fall des in Afghanistan festgenommenen Kanadiers Omar Khadr. Hier unterscheidet der Supreme Court zwischen dem Status „enemy combatant“ und „unlawful alien enemy combatant“. Im Fall Hamdan ./ Rumsfeld urteilt die Justiz, dass die USA an Genfer Konventionen gebunden sind, und dass „enemy combatants“ nicht über Nacht einen neuen Status erhalten können.

2008: Das Pentagon kündigt Verfahren gegen sechs Drahtzieher der Anschläge von 9/11 an, unter ihnen Khaled Sheikh Mohammed. Sein Fall soll erstmals durch ein Militärtribunal entschieden werden. Im Juni verkündet der Supreme Court, dass sich Häftlinge in US-Gerichten verteidigen dürfen. Das System der Tribunale ist wieder in Frage gestellt, da verfassungswidrig.

2009: Bei seinem Amtsantritt stoppt Präsident Barack Obama die Militärtribunale und kündigt eine schrittweise Räumung des Internierungslagers an.

Guantánamo ist zum Symbol für ein grausames, gesetzloses Amerika geworden. Zahlreiche offizielle Dokumente, Stellungnahmen von Menschenrechtsaktivisten und Rechtsexperten des US-Militärs, und auch die Aussagen entlassener Gefangener, lassen keinen Zweifel daran, dass in dem Lager Häftlinge systematisch gequält und gefoltert werden. Ihre Bewacher und Vernehmer beleidigen das religiöse und sittliche Empfinden der Gefangenen, setzen sie überlauter Rockmusik aus, Schlafentzug und absoluter Rechtlosigkeit. Die Folterpraktiken in Guantánamo unterscheiden sich nicht vom berüchtigten irakischen Gefängnis Abu Ghraib oder von der afghanischen Luftwaffenbasis Bagram, wo „Waterboarding“ zu den wichtigsten Techniken gehörte. Häftlinge geraten dabei in Panik, weil sie zu ertrinken glauben.

Zu den dunklen Geheimnissen von Guantánamo zählt, dass zahlreiche Häftlinge – gerade aus

Afghanistan – zu Unrecht um den halben Globus transportiert und jahrelang unter diesen Bedingungen festgehalten wurden. In der Zeit nach dem Afghanistan-Feldzug hatten die Amerikaner Kopfgelder auf Mitglieder von Al Qaida und Taliban-Angehörige ausgesetzt. So mancher missliebige Nachbar oder Konkurrent wurde auf diese Weise aus dem Verkehr gezogen. Der Denunziant war ihn los und bekam auch noch Handgeld.

Ein Fall als Beispiel: 17 Uighuren, Angehörige der verfolgten islamischen Minderheit im Westen Chinas, wurden den US-Militärs von afghanischen Kopfgeldjägern verkauft. Das Pentagon fand bereits 2003 heraus, dass sie an keinen Kampfhandlungen gegen die Invasionstruppen beteiligt gewesen waren. Im September 2008 stellte die US-Regierung offiziell ihre Unschuld fest. In der Folge plädierten mehrere Behörden und Kongressabgeordnete für ihre sofortige Freilassung. U.S. Distriktrichter Ricardo M. Urbina schrieb im Oktober 2008 in sein Urteil, dass die Uighuren in die Vereinigten Staaten entlassen werden müssten. Kirchen und Flüchtlingsorganisationen bereiteten sich darauf vor, sie aufzunehmen. Die Bush-Regierung widersprach der Gerichtsentscheidung und stoppte den Entlassungsprozess.

In den vergangenen Jahren wurden bereits zahlreiche Guantánamo-Häftlinge freigelassen. Sie kehrten in ihre Heimatländer im Nahen und Mittleren Osten, nach Afghanistan und Pakistan zurück. Nicht wenige von ihnen verschwanden dort in erneuter Haft, da ihnen ihre eigenen Regierungen mit großem Misstrauen begegnet, sie in der Regel von vornherein für Terroristen hält. Die Uighuren, zum Beispiel, wurden in China in Abwesenheit verurteilt. Sollten sie heimkehren, wäre ihr Martyrium noch lange nicht beendet. Folter und Gefängnis wäre ihnen sicher. Die chinesische Regierung soll bereits weltweit Regierungen gewarnt haben, diese oppositionellen Staatsbürger aufzunehmen.

Das ist der Kern des Problems. Barack Obama forderte bereits an seinem zweiten Arbeitstag als US-Präsident, die Umstände aller Guantánamo-Gefangenen zu untersuchen – und sie dann im Falle ihrer Unschuld unverzüglich freizulassen. Das war die prompte

Fortsetzung weiter auf Seite 5

Deutsche Heimat für die Guantánamo-Häftlinge*Fortsetzung von Seite 4*

Umsetzung eines Wahlkampfversprechens. In den USA hält nun die Diskussion an, ob Entlassene eine Aufenthalts-Genehmigung bekommen oder ungeachtet der Gefährdung an Leib und Leben in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollen. Verteidigungsminister Robert Gates sprach sich gegen die Ansiedlung in den USA aus. Ein Richter entschied jedoch vor kurzem, dass 60 der Gefangenen in den USA aufgenommen werden müssten.

Nun hoffen die Amerikaner, dass ihnen das vielgeschmähte alte Europa helfen würde, dieses humanitäre und auch militärische Problem zu bewältigen. Bei allen Stellungnahmen schwingt ja auch das Sicherheitsdenken mit. Angeblich sollen zwei Drittel der bislang Entlassenen in den Terrorismus zurückgekehrt – und damit unversöhnliche Todfeinde der USA geworden – sein.

In Deutschland spaltet das Thema die Berliner Regierung. US-Freund Frank Walter Steinmeier (*„Wenn Amerika auf andere zukommt, befürworte ich, dass die internationale Staatengemeinschaft und Europa die neue Administration bei dieser Aufgabe nicht im Stich lassen.“*) möchte den neuen Präsidenten Obama aus der Klemme helfen und Guantánamo-Häftlinge aufnehmen, während sein Ministerkollege Wolfgang Schäuble strikt dagegen ist. Eine Forsa-Umfrage erbrachte, dass 49 Prozent der Deutschen dafür stimmt, und 44 Prozent dagegen. Das Thema polarisiert auch die EU. Portugal und Frankreich würden Ex-Häftlinge beherbergen, Schweden und die Niederlande nicht.

Ich denke, dass die Bedenken überwiegen sollten. Die Haltung der österreichischen Innenministerin Maria Fekter klingt absolut vernünftig: *„Wenn sich Amerika ein Guantánamo schafft, muss es auch selber die Lösung dafür anbieten.“* Die Bush-Regierung hat Kriege vom Zaun gebrochen, die nicht zu gewinnen sind, den Feldzug gegen den Irak sogar gegen jegliches Völkerrecht. Die Folgen des weitgehend unsinnigen „Krieges gegen den Terror“ werden Generationen von US-Amerikanern (aber

auch Europäer) beeinträchtigen. Die gigantischen Kosten werden erst nach Jahrzehnten abbezahlt sein.

Bush und seine Regierung, deren Demokratieverständnis unterentwickelt war, haben Guantánamo geschaffen und in dem Lager sieben Jahre lang gefährliche Terroristen wie auch unschuldige Orientalen sadistisch gequält. Nun sollten ihre Rechtsnachfolger für die übrig gebliebenen Täter faire, rechtsstaatliche Verfahren organisieren, und die Harmlosen so schnell wie möglich entlassen. Aber dorthin, wo sie der amerikanischen Fürsorge teilhaftig werden können. Wir haben Guantánamo stets abgelehnt und vergeblich vor den tragischen Folgen gewarnt. Warum sollen wir uns jetzt unüberschaubare Probleme aufhalsen? Die unschuldigen Gefangenen gehören in die USA als lebendes Mahnmal für eine Regierung, die zwischen Recht und Unrecht häufig nicht unterscheiden konnte. *

„Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch“ - oder?*Fortsetzung von Seite 1*

Gesellschaft braucht gebührenden Raum zur Entfaltung.

Damit ist gleichzeitig klar, daß sich das Thema in einer verfassungsrechtlichen Diskussion nicht erschöpfen kann. Vielmehr geht es bei der „Staatssprache Deutsch“ um einen Gradmesser des kulturellen Zustandes in Deutschland, um nichts Geringeres. FDP-Generalsekretär Niebel meinte zwar: „Von sofortigen Steuerentlastungen hätten die Bürger mehr“. Aber das ist ökonomistisch und zweidimensional gedacht und mogelt sich an der dritten Dimension der Frage vorbei.

Der erste Einwand, der sich anbietet: ist doch selbstverständlich, daß in Deutschland Deutsch gesprochen wird.

Ist es eben nicht. Auch liberale Geister nehmen mittlerweile zur Kenntnis, daß es in Deutschland „Parallelgesellschaften“ gibt, nämlich von Ausländern, die gerne integrations-resistent und daher auch sprach-resistent sind. Man ist sich einig darüber,

Fortsetzung weiter auf Seite 6

„Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch“ - oder?*Fortsetzung von Seite 5*

daß eine Integration der in Deutschland auf Dauer lebenden Ausländer ohne Beherrschung der deutschen Sprache nicht befriedigend gelingen kann. Eine Gemeinschaft definiert sich auch und gerade durch ihre Sprache, da der Mensch nach Aristoteles von Natur aus ein gemeinschaftsbildendes Lebewesen ist und sich vom Tier durch den Besitz einer elaborierten Sprache unterscheidet, denn für eine entwickelte Gemeinschaft ist er auf verbale Kommunikation angewiesen.

Außerdem: die Überfremdung der deutschen Sprache mit Anglizismen hat ein ärgerliches Ausmaß angenommen. Jeder Sempel, der seine Weltläufigkeit auf möglichst anspruchslose Weise (denn er ist ja ein Sempel) unter Beweis stellen will, wirft, wo er nur kann, mit englischen Sprachfetzen herum. Da dies Mode geworden ist (es kann schon mal vorkommen, daß gerade die Sempel die Mode bestimmen), machen es ihm alle nach, die Industrie, die Werbung sowieso, weil man keinen großen Umsatz generieren kann, wenn man der Mode nicht folgt. So sickern die Anglizismen in die Sprache des Alltags hinunter, denn auch der Alltagsmensch möchte aussehen wie ein weltläufiger. Was da an Kauderwelsch produziert wird, geht über die übliche und als kulturelles Ferment selbstverständliche Weiterentwicklung einer lebenden Sprache bereits deutlich hinaus. Es scheint zu stimmen, was Winston Churchill einst über die Deutschen sagte : entweder hat man sie an der Kehle oder man hat sie zu seinen Füßen.

Zweiter Haupteinwand: nur ja keine Deutschtümelei! Dieser wird untermalt mit zwanghaften Reminiszenzen an die üble NS-Vergangenheit, mit der Melodramatik des Faschismus-Vorwurfes. Wer solche Rhetorik treibt, unterliegt dem historischen Irrtum, daß der Ordnungsgedanke der Nation erledigt sei. Das ist, wenn auch aus den deutschen Zusammenbrüchen des 20. Jahrhunderts heraus erklärbar, auch nichts anderes als Germano-Zentrismus, diesmal nur mit negativen Vorzeichen.

Wenn der Gedanke der Nation wirklich erledigt wäre, dann täte sich die Europäische Union sehr viel

leichter in ihrem Bemühen, den herkömmlichen Souveränitätsbereich ihrer Mitgliedsstaaten zu vergemeinschaften, z.B. in Polizei, Strafrecht und Verteidigungspolitik. Es nützt nichts, die Nationalstaats-Idee als ein Konstrukt romantischer und schließlich zu politischen Forderungen erwachter intellektueller Minderheiten des 19. Jahrhunderts abzutun. Das Konstrukt war nämlich sehr erfolgreich darin, die Gemüter der Völker zu erobern, und damit stieg es in den Rang einer weltanschaulichen Verbindlichkeit auf. Was einige Generationen lang bis hin zum Religionsersatz geglaubt wurde, das verflüchtigt sich nicht schon dadurch, daß eine der damals in ihr eigenes Bewußtsein getretenen Nationen Europas zwei Weltkriege verloren hat. Die anderen Nationen haben diese Weltkriege gewonnen! Die dekonstruktivistische Denkweise schießt nicht nur in diesem Falle über ihr Ziel hinaus.

Ja, aber die Weimarer Klassik, eines der wichtigsten Phänomene, um die Deutschen als Volk der Dichter und Denker zu legitimieren, hat sich doch weltoffen-human und eben nicht national definiert! Wenn etwa Schiller als der große nationale Dichter der Deutschen ausgerufen wurde, dann war das ein gründliches Mißverständnis der nachgeborenen Interpreten gewesen, die, anders als noch er, bereits im Banne des nationalstaatlichen Gedankens standen.

Das stimmt freilich. Aber nach Schiller wurden die Deutschen romantisch-nationalistisch, vereinnahmten die Weimarer Klassik als ihr exklusives Ruhmesblatt, und eine Rückkehr in das Weimar Schillers und Goethes war geistesgeschichtlich nicht mehr möglich. Auch die sogenannte „Weimarer Republik“ war ein sehr bewußter Nationalstaat, insofern im bruchloser Nachfolge des nationalen Kaiserreichs. Also wäre die Anknüpfung an die Weimarer Klassik ein edles Unterfangen bildungsmäßiger Bewußtheit, aber für aktuelle politische Bewußtheit nicht maßgebend.

Der Souveränitätsverlust des Nationalstaates ist in der gegenwärtigen politischen Praxis unverkennbar. Aber die Idee des Nationalstaates lebt weiter, sie hat – und auch das hauptsächlich nur in dem durch die

Fortsetzung weiter auf Seite 7

„Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch“ - oder?*Fortsetzung von Seite 6*

beiden Weltkriege besonders leidgeprüften Europa lediglich ihre aggressive, eventuell zum Krieg bereite Spitze verloren.

Es liegt mir fern, den Nationalstaat durch Berufung auf seine bewußtseinsformende Vergangenheit zu mystifizieren. Alles in der Geschichte wandelt sich aber es hat seine gemessene Zeit für den Wandel, der vorgreifen zu wollen ideologische (multikulturelle, machbarkeitswahnbesessene) Verblendung ist. Deshalb hat das letzte Stündchen des deutschen Nationalstaates noch nicht geschlagen. Und deshalb braucht dieser als kulturelle und als soziale Grundlage nach wie vor die deutsche Sprache, egal, ob das Bekenntnis zu ihr ins Grundgesetz aufgenommen wird oder nicht. *

Kurt Strauch, 85716 Unterschleißheim

**Ein modernes Märchen -
Und irgendwann war's dann genug**
(Tod der Ratten 2008)

Es wurde langsam Winter in dem weit entfernten Land. Die Eichhörnchen hatten den ganzen Sommer über hart gearbeitet und wieder viele Nüsse gesammelt. Sie waren gut für die kalte Jahreszeit gerüstet.

Ganz anders der Fürst der Ratten. Er räkelte sich in seinem Thron und rieb sich den fetten Wanst. „Man bringe den Wirtschaftsexperten Elan zu mir“, sagte er zu seinen Dienern.

„Was ist euer Begehrt, mein Fürst?“ fragte der schwächliche Elan.

„Wie sieht es mit unseren Vorräten für den Winter aus?“ wollte der Fürst wissen. „Sehr schlecht, mein Fürst, ihr werdet den Gürtel dieses Jahr enger schnallen müssen und wir haben leider auch nichts mehr, womit wir Nüsse eintauschen könnten“.

Die Augen des Fürsten tasteten den leeren Raum ab und tatsächlich, das einzige was außer seinem Thron noch darin war, waren seine vor sich hintrocknenden Exkremete, die in der Ecke lagen. Er erhob sich,

schleppte sich zu den Ausscheidungen, nahm eine Handvoll davon und drehte daraus eine Kugel. „Elan, du hast dich getäuscht... wir haben noch etwas zu verkaufen. Nimm diese Kugel und tauche sie in Goldfarbe, dann bring sie und ein Eichhörnchen zu mir. Ich will dir etwas zeigen.“

So kam Elan mit einem Eichhörnchen zum Rattenfürst. Auf dem Tisch lag die goldene Kugel, die sich im Schein der Kerzen spielte. „Liebes Eichhörnchen“, sprach der Fürst, „du rackerst dich das ganze Jahr ab, sammelst den ganzen Herbst Nüsse und kommst trotzdem gerade so über den Winter. Ich mag dich und werde dir deshalb dabei helfen, dass du in Zukunft mehr Nüsse haben wirst als du brauchst, und dies ohne Arbeit.“

Das Eichhörnchen sah ihn fragend an und da sprach der Fürst: „Sieh hier diese goldene Kugel. Ich verkaufe sie dir für nur 1000 Nüsse und du brauchst erst nach einem Jahr bezahlen, wenn du sie weiterverkaufst, und nach einem Jahr wird sie mindestens 2000 Nüsse wert sein. Das heißt, du hast dann ohne Arbeit 1000 Nüsse verdient. Das einzige, was du mir gleich bezahlen musst, ist eine Provision von 100 Nüssen.“

Das Eichhörnchen war begeistert, endlich ohne Arbeit reich werden zu können und bedankte sich für das freundliche Angebot. Die 100 Nüsse Provision wollte es gleich vorbei bringen. Der Fürst sagte dem Eichhörnchen noch, es könne auch seinen Freunden sagen, wie sie schnell reich werden konnten.

Die Ratten waren nun voll damit beschäftigt, Kugeln zu drehen und mit Goldfarbe zu bemalen. Die Nachfrage war überwältigend und deshalb stieg der Preis für die Kugeln noch viel schneller, als der Rattenfürst zunächst behauptet hatte. Die Nusslager der Ratten platzten bald aus allen Nähten, denn fast jedes Eichhörnchen im Land wollte Kugeln kaufen.

Diejenigen, die gleich zu Beginn gekauft hatten, verkauften ihre Kugeln mit großem Gewinn, zahlten ihre Schulden bei den Ratten und bedankten sich für ihren unglaublichen Reichtum. Selbst diejenigen, die schon 2000 Nüsse für eine Goldkugel bezahlt hatten,

Fortsetzung weiter auf Seite 8

*Ein modernes Märchen**Fortsetzung von Seite 7*

konnten diese mit Gewinn verkaufen, denn sie wurden jetzt schon für über 3000 Nüsse gehandelt.

Doch nun geschah es immer öfter, dass die goldene Farbe abzublättern begann und die Kugeln naturgemäß einen unangenehmen Geruch verbreiteten. Dies sprach sich wie ein Lauffeuer herum und niemand mochte nun mehr goldene Kugeln kaufen. All die Eichhörnchen, die zuletzt mehr als 3000 Nüsse für die Kugeln bezahlt hatten, saßen nun auf einem Berg von Schulden, für die die Ratten nun auch noch hohe Zinsen verlangten. So sehr sie sich auch bemühten, sie konnten ihre Schulden nicht mehr bezahlen.

Elan ging zum Fürsten, der seinen immer größer werdenden Wanst weiter mit Nüssen füllte. „Mein Fürst, unsere Geschäfte sind zum Stillstand gekommen und unsere Forderungen werden nicht mehr bedient. Unsere Vorräte werden bald wieder zu Ende gehen. Wir müssen etwas tun.“

Der Fürst winkte ab und beruhigte ihn. „Lieber Elan, du musst noch viel lernen. Es gibt doch Eichhörnchen auf der ganzen Welt, nicht nur in unserem Land. Und diese wissen ja noch nicht, dass unsere Kugeln schon gen Himmel zu stinken beginnen. Nimm unsere wertlosen Schuldscheine und biete sie zum halben Preis den Eichhörnchen auf der ganzen Welt zum Kauf an. Es reicht sogar wenn sie nur die Hälfte des Kaufpreises bezahlen und uns den Rest schuldig bleiben. Du wirst sehen, sie werden uns die Schuldscheine aus den Händen reißen.“

Elan jedoch gab zu bedenken, dass die Eichhörnchen vielleicht kein Vertrauen in den Wert der Schuldscheine haben könnten. Da erwiderte der Fürst: „Elan, du genießt weltweit großes Ansehen als Finanzexperte. Gründe eine Gesellschaft, welche die Schuldscheine begutachtet und mit einem goldenen

Gütesiegel versieht. Dann werden sie uns schon vertrauen“.

Gesagt, getan. Und tatsächlich kaufte die ganze Welt die wertlosen Schuldscheine und verschuldete sich gleichzeitig auch noch bei den Ratten.

Nun geschah, was geschehen musste: Die Schuldscheine wurden nicht bedient, die Eichhörnchen auf der ganzen Welt hatten ihre Ersparnisse verloren und waren darüber hinaus auch noch verschuldet. Diesen armen verschuldeten Eichhörnchen machte der Fürst ein Angebot: Sie sollten als Ausgleich der Schulden ihre Nussbäume an die Ratten verkaufen. Sie dürften, wenn sie künftig die Nüsse für die Ratten ernten würden, auch die Hälfte der Nüsse behalten. Dies sollte zum Überleben reichen.

Die Eichhörnchen waren gezwungen, dieses Angebot anzunehmen, doch die Hälfte der Nüsse, die sie behalten durften, reichte leider nicht, um sich selbst und ihre Kinder zu nähren.

Eine Eichhörnchenmutter, die weinend ihr verhungertes Kind in den Armen hielt, sagte: „Wir sind doch alle betrogen worden. Warum spricht dies niemand aus? Warum nennt niemand die Namen der Betrüger?“ Dann begrub sie ihr totes Kind unter dem Nussbaum, den sie einst an die Ratten verkaufen musste.

Auch die anderen Mütter taten das gleiche. Und während die toten Körper der Eichhörnchenkinder im Boden verfielen, entwickelte sich ein Gift, das speziell die Gedärme der Ratten zum platzen bringen sollte. Dieses Gift wurde von den Wurzeln der Bäume aufgesogen und in die Nüsse verbracht, die die gefräßigen Ratten in sich hineinstopften.

Mit den wenigen Ratten, die dies überlebten, machte nie mehr ein Eichhörnchen Geschäfte und so mussten diese fortan für alles, was sie essen wollten, selbst arbeiten. *

**Es mag 50 Jahre dauern,
bis politische Missgriffe offenkundig werden und ihre letzte Konsequenz tragen,
aber schliesslich legt die Geschichte Rechnung für jeden Fehler vor,
und sie ist dabei peinlicher als unsere preussische Oberrechnungskammer.**

Otto von Bismarck

Reuven (Ruby) Cabelmann, Antwerpen / Belgien

Mit der Hilfe des Allm-chtigen

Ich wende mich als praktizierender und orthodoxer Jude mit den nachfolgenden Zeilen vor allem an nicht-jüdische Menschen in Deutschland, die sich aus welchen Gründen auch immer für das Judentum interessieren und gleichzeitig meinen, dass Solidarität mit oder Zuneigung zum jüdischen Volk identisch sein müsste mit der Unterstützung des so genannten Staates „Israel“ oder aber andererseits der Ansicht sind, dass jegliche Kritik an diesem Staat bzw. die Ablehnung desselben „antisemitisch“ sei. Vor allem richte ich meine Zeilen an die in Deutschland lebenden Muslime, um ihnen die Botschaft zu überbringen, dass authentisches Judentum nichts gemeinsam hat mit der zionistischen Ideologie. Das authentische jüdische Volk ist das Volk des Buches, das treu den Geboten der Heiligen Schrift, unseren Propheten, Weisen und Gelehrten folgt und den Frieden mit allen Völkern sucht.

Die zionistische Ideologie hat seit ihrer Entstehung und vor allem seit der Gründung des Staates, der sich "Israel" nennt, unzählige Opfer gefordert — jüdische und nicht-jüdische. Sie hat Millionen von Juden von unserer Heiligen Thora entfremdet und plumpe nationalistische Staatsfanatiker aus ihnen gemacht und ist darüber hinaus die Hauptursache für anti-jüdische Ressentiments in der Welt. Ein Menschenleben zählt jedoch mehr als ein Stück Land! Judentum und Zionismus sind diametrale Gegensätze. Der Zionismus ist eine bösertige Karikatur, eine grausame Entstellung dessen, was Judentum tatsächlich bedeutet.

Die Nationen der Welt akzeptierten leider eine klare Lüge als sie die Zionisten - jene Häretiker, die ihren Staat durch Eroberung und unter dem Namen „Israel“ etablierten - als einen Teil des jüdischen Volkes anerkannten. Die Nationen versetzten die zionistischen Häretiker dadurch in die Lage auch das jüdische Volk selbst zu erobern. Durch diese Aktion und angesichts der Tatsache, dass diese zionistischen Frevler und die Etablierung ihres Staates durch Eroberung keinerlei Beziehung zum jüdischen Volk

haben, beschädigten auch diese Nationen das authentische jüdische Volk, seine Thora und seinen Glauben weitaus mehr, als das jüdische Volk jemals durch Araber verletzt worden ist. Nur über die Thora ist das jüdische Volk zu definieren. Das jüdische Volk hat keine Verbindung zu Zionisten, dem Zionismus oder ihrem Staat, den sie unter der Idee des Nationalismus aufbauten. Judentum hat nichts mit Nationalismus zu tun!

Das authentische jüdische Volk steht in strikter Opposition gegen jede Kränkung der arabischen Nation. Die arabische Nation tat dem jüdischen Volk bis zum Anbruch des zionistischen Nationalismus niemals etwas zu Leide. Das jüdische Volk ist durch die Thora dazu angehalten in den Ländern ihres Aufenthaltes den Frieden mit den jeweiligen Regierungen und Völkern zu suchen und nicht gegen irgendeine Nation zu rebellieren, insbesondere dann nicht, wenn es sich um das Heilige Land handelt. Juden, die der Thora folgen, sind weder des Tötens noch der Verletzung anderer Personen überhaupt verdächtig und es ist uns streng verboten an irgendwelchen Gewaltaktionen teilzunehmen, auch und vor allem nicht in Beziehung zu Palästina.

Alle Juden, die an G-tt und Seine Thora glauben und die Vorschriften und Gebote der Thora beherzigen, stehen loyal zu den Schwüren, die wir dem Schöpfer ablegten, und sind nicht an der nationalistischen Revolution beteiligt. Wir sind Geiseln unter zionistischer Besatzung. Selbst jene, die in dieses zionistische Projekt einbezogen worden sind, tun dies gegen die Lehren ihres Glaubens und unserer Religion.

Jede Person in der Welt, die an Gerechtigkeit glaubt, muss wissen, dass die gesamte Welt nicht verschont werden wird, wenn es dem zionistischen Experiment weiterhin erlaubt wird, fortzufahren. Viele unschuldige Menschen werden Schaden erleiden. Jede Person, die barmherzig und gerecht ist, muss sich erheben und die Zionisten aufhalten!

Der verbrecherische Krieg des zionistischen Staates gegen die Bevölkerung von Gaza hat die

Fortsetzung weiter auf Seite 9

Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind!

Albert Einstein

*Mit der Hilfe des Allm-chtigen**Fortsetzung von Seite 9*

muslimische Welt zu Recht stark aufgewühlt. In öffentlichen Protesten, Demonstrationen und bei den Freitags-Gebeten wurde der Staat, der sich "Israel" nennt, für dieses Massaker überall verurteilt. Unglücklicherweise jedoch artikulieren sich diese Proteste nicht gegen diesen Staat und die zionistische Bewegung allein, sondern sie richten sich häufig auch gegen das jüdische Volk im Ganzen. Ich will jedoch deutlich darauf hinweisen, dass undifferenzierter Hass gegenüber Juden insgesamt mehr als kontraproduktiv ist und den Zionisten letztlich in die Hände spielt, denn Antijudaismus oder Antisemitismus benötigt der Zionismus wie die Luft zum Atmen, weshalb er ihn auch am allerbesten selbst provozieren kann.

Der entscheidende Vorwand, um den zionistischen Staat im Jahre 1948 nach Jahrzehnte langer ideologischer, organisatorischer und auch militärischer Vorarbeit auszurufen, war der Holocaust. Es ist geradezu ironisch: Der zionistische Staat wurde angeblich gegründet, um die Juden vor Antisemitismus zu schützen und doch sind gerade er und seine Taten die Hauptursache für weltweiten Antisemitismus. Der Zionismus nährt sich aus dem vergossenen Blut von Juden. Deshalb muss davor gewarnt werden, dass durch die Handlungsweise der Zionisten hervorgerufener Zorn auf uns Juden im allgemeinen projiziert wird, weil das nicht nur ungerecht, sondern auch noch Wasser auf die zionistischen Mühlen wäre. Die Zionisten befinden sich in einer "Win-Win"-Situation. Wenn sie erhalten, was sie fordern, haben sie gewonnen. Wenn man sich ihren Forderungen nicht beugt, bezichtigen sie die andere Seite, sie würde mit ihrer Haltung den Antisemitismus anheizen – und das bringt den Zionisten wieder die Unterstützung all jener, die keine Antisemiten sein wollen. Das Schlagwort "Antisemitismus" wird von der zionistischen Propaganda sowieso als Rechtfertigung für die Existenz des Staates "Israel" ausgeschlachtet. Die Gründer des Zionismus haben in ihren Büchern offen geschrieben, mit welchen Mitteln sie die Schaffung eines eigenen Staates herbeiführen wollten: Sie

wollten den Antisemitismus so lange anheizen und die Sicherheit der Juden in allen Ländern der Welt so stark untergraben, bis diese gezwungen wären, in ihren Staat zu fliehen. Im Grundsatz lebt die zionistische Ideologie vom Leiden des jüdischen Volkes.

Tzippi Livni hat vor einigen Tagen die Welt sozusagen vor eine Alternative ihrer ganz eigenen Art gestellt, als sie formulierte, dass man zu wählen habe zwischen dem "Staat Israel" auf der einen oder dem "Terrorismus" auf der anderen Seite. Welch eine "chutzpah" angesichts der historischen Tatsache, dass der zionistische Staat auf der Grundlage von Terror aufgebaut wurde. Waren es nicht die Eltern von Frau Livni, die Mitglieder der Terrororganisationen "Irgun" waren? War nicht ihr Vater, Eitan Livni, an Sabotageakten und Terroranschlägen auf britische Patrouillenboote und Eisenbahnverbindungen beteiligt? Waren etwa nicht "Haganah" und "Palmach" paramilitärische, auf Terror spezialisierte Untergrundorganisationen, deren Ziele britische Polizei- und Radarstationen, arabische Busse und Marktplätze waren? Stiegen etwa nicht Mitglieder dieser Terrororganisationen in höchste Ämter des zionistischen Staates auf?

Es war der verehrte Rabbi Baruch Kaplan - Friede seiner Seele - der sich als Zeitzeuge der Hebron-Pogrome des Jahres 1929 äußerte: "Zu jener Zeit", schrieb er, "argumentierten die Zionisten mit dem Slogan, die westliche Tempelmauer in Jerusalem sei ein 'nationales Symbol'. Selbstverständlich waren die Araber mit dieser Idee nicht einverstanden in Anbetracht dessen, dass sie den Ort seit über 1100 Jahren regierten. Trotzdem schrie der zionistische Mob: 'Die Mauer ist unser!' Es ist schwer zu verstehen, warum sie dieser Ansicht verfielen, angesichts dessen, dass sie überhaupt keine Beziehung zu den heiligen jüdischen Orten hatten. Die zionistischen Zeitungen brachten das Argument über die Herstellung eines dauerhaften Gebetsortes für die Juden an der westlichen Tempelmauer heraus. Dies provozierte die Araber und der damalige Rabbi von Jerusalem, Rabbi Yosef Chaim

Fortsetzung weiter auf Seite 11

Die Bescheidenen Menschen wären die berufenen Politiker, wenn sie nicht so bescheiden wären!

Ernst R. Hauschka

Mit der Hilfe des Allm-chtigen
 Fortsetzung von Seite 10

Sonnenfeld, bat um Einhalt und um Dankbarkeit gegenüber den Arabern, dass sie so viele Jahrhunderte den Juden das unbeeinträchtigte Beten an der westlichen Mauer des Tempels erlaubt hatten. Die Zionisten weigerten sich jedoch, die Ermahnungen des Rabbi Sonnenfeld zu beherzigen und sie beriefen eine große Konferenz der Juden in Jerusalem ein. Schätzungsweise 10.000 Leute kamen zusammen. So begann der damalige Konflikt zwischen Zionisten und Arabern in Hebron. Die Araber waren ein freundliches Volk uns gegenüber und ich bin ein Zeuge dafür. Wir lebten sehr gut mit ihnen in Hebron. Es sind die verfluchten Zionisten, die den Hass der Araber gegen uns verursachen."

Muslimische Länder und Regierungen jedoch haben im Laufe ihrer Geschichte die Juden geschützt und ihnen oft genug vor Verfolgungen Zuflucht gewährt. Nach der spanischen Reconquista flüchteten die Juden gemeinsam mit ihren muslimischen Nachbarn in Richtung Süden, weil es für Juden sicherer war unter muslimischer Herrschaft zu leben als innerhalb des katholischen Spaniens. Bis zum heutigen Tag erfreuen sich die Juden Marokkos an dem besonderen Schutz des Königs. Die iranischen Juden weigern sich beharrlich zionistischen Erpressungsversuchen nachzugeben und den Iran Richtung "Israel" zu verlassen und sie erfreuen sich am friedlichen Leben mit allen religiösen Freiheiten. Die kleine noch verbliebene jüdische Gemeinde des Libanon wird vor allem von Muslimen in ihrem Bestreben unterstützt, die Synagoge Beiruts - die auch durch zionistische Fliegerangriffe zerstört worden ist - zu restaurieren.

Ich möchte mich auf diese Aspekte gemeinsamer jüdisch-muslimischer Geschichte sowie auf das Vermächtnis von Rabbi Baruch Kaplan sel. A. beziehen und darum bitten, dass orthodoxe und nicht-zionistische Juden beispielsweise zu Konferenzen der Arabischen Liga eingeladen werden, damit sie dort die Möglichkeit bekommen,

ihre Mission der muslimischen Welt gegenüber erklären zu können. Die muslimischen und palästinensischen Gemeinden in Deutschland sollten sich nicht von dem verzerrten Bild, welches das offizielle "Judentum" in Deutschland bietet, in ihrem Urteil über das wahrhaft jüdische Volk, beeinflussen lassen. Die Organisation, die sich "Zentralrat der Juden" nennt, repräsentiert kein Judentum. Diese Leute vertreten Eigeninteressen und sind nichts weiter als Sprachrohre des Zionismus in Deutschland, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, Kritiker am zionistischen Staat oder ihrer eigenen Institution mit nahezu inquisitorischer Perfektion mundtot zu machen und sie gesellschaftlich zu isolieren. Der zionistische Zentralrat hat keinerlei Bezug zu den Grundlagen und Werten unserer Religion, keiner ihrer Führer lebt nach den Gesetzen der Thora, die Ausübung religiöser Rituale hat bestenfalls eine Alibifunktion und die jüdische Religion wird ausschließlich für politische Zwecke missbraucht. Geben Sie stattdessen Thora-treuen und authentischen Juden auch in Deutschland die Möglichkeit ihr Anliegen bei Veranstaltungen und Gesprächen darlegen zu können. Lasst uns gemeinsam als Juden, Muslime und Christen dem zerstörerischen Treiben des Zionismus entgegentreten - nicht nur im Sinne des überlieferten und authentischen Judentums, sondern letztlich auch im Interesse eines befreiten Gesamt-Palästina und seiner Einwohner.

Möge G-tt uns und der gesamten Welt Friede spenden! *

S. Harun-Mahdavi, München

Die Mär von der Steuersenkung

Die aktuelle Wirtschaftskrise hat Regierungs- und Parteichefs fast schon in kopflose Bewegung gesetzt. Die allgemeine Ratlosigkeit ist offensichtlich so groß, daß man vor lauter Einfällen die einfachsten Lösungen nicht erkennen kann.

Ein Beispiel wäre die Rolle des Staates bzw. die Regelung der Steuersätze.

Als der Euro zur Währung auserkoren wurde, hat man hierzulande eine stille Inflation hingenommen. Auf dem Markt, in den Geschäften und an vielen Kassen, an denen die Bürger tagtäglich anstehen mußten, wurde sehr oft der D-

Fortsetzung weiter auf Seite 12

Es wurde schon alles gesagt, nur noch nicht von jedem!

evtl. Karl Valentin

Die Mär von der Steuersenkung

Fortsetzung von Seite 11

Mark-Preis 1:1 in EURO umgesetzt. Anfänglich wurde die Methodik, die dahinter steckte, häufig angeprangert, aber de facto ist dies heute, 7 Jahre nach der €-Einführung, eine Tatsache. Die Regierung hat das aber stillschweigend durch Bekanntgabe unrealistischer Inflationszahlen (die nach einem ganz bestimmten Warenkorb ermittelt werden) tot geschwiegen. Es war für mich nicht ganz nachvollziehbar warum, bis ich kürzlich darauf kam, daß der Staat daran eigentlich am meisten verdient hat.

Die Angestellten sind hier die Verlierer gewesen. Aber auch die Kleinunternehmer, die zwar ihre Umsätze von D-Mark-Betrag zum Teil 1:1 in €-Betrag erhöhen konnten, haben genau betrachtet nicht unbedingt mehr dazu verdient, wenn man die Steuern berücksichtigt.

Den Beweis hierfür findet man in offiziellen Statistiken über Einnahmen bzw. Kaufkraft in deutschen Haushalten bzw. bei Kleinunternehmer.

Hat früher ein Unternehmer bei einem Umsatz von 100.000,- DM den Steuerhöchstsatz erreicht gehabt, so hat er nach der €-Umstellung den Steuerhöchstsatz bereits nach 51.000,-€ erreicht. Der Umsatz ist aber Dank der €-Umstellung bei gleichem Warenumsatz ebenso fast verdoppelt. De facto hat der Staat an der Euroumstellung seine Steuern fast verdoppelt, wobei der Gewinn sich real aber nicht verdoppelt hat, sondern in Anbetracht der immensen Verteuerung im Wareneinkauf wertbereinigt im Betrag nahezu gleich geblieben ist.

Übersetzt wäre dies vergleichbar zu sehen, als ob der Höchststeuersatz anstatt bei einer Einkommengrenze von 100.000,- DM bereits ab 50.000,- DM anfallen würde. Damit rutschen deutlich mehr Steuerzahler früher in höhere Steuertarife, welches letztendlich für die letzten Jahre eine höhere Steuereinnahme für den Staat bedeutet hat. Die Forderung vieler Politiker nach einer raschen Steuersenkung wäre hiermit berechtigt.

Damit wäre allgemein anzuregen, daß die Steuersätze betragsmäßig wieder auf das alte Niveau zurückgesetzt werden. Das heißt die Steuersätze müßten lauten:

Einkommen	Durchschnittssteuersatz ¹	Grenzsteuersatz ²
Bis 20.000,-€	0%	
20.000,- bis 50.000,-€		38,333%
50.000,-€	23%	
50.000,- bis 100.000,-€		43,596%
100.000,-	33,5%	
Über 100.000,-€		50%

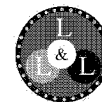
¹ Der Durchschnittssteuersatz gibt an, wie hoch die Tarifsteuer bezogen auf die Bemessungsgrundlage (Einkommen) ist.

² Der Grenzsteuersatz gibt an, wie hoch die Steuerbelastung einer zusätzlichen Einkommenseinheit ist. So wird ab einem Einkommen von 100.000 € jeder zusätzliche € mit 50% besteuert. *

Über den Herausgeber:

Der im März 1993 ins Leben gerufene und als gemeinnützig geltende

**Verein Leben & Leben Lassen -
zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.**



mit Sitz in Unterschleißheim bei München ist, wie der Name sagt, ein Verein zur Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte.

Die Arbeit des Vereins basiert auf dem Verständnis der Menschenrechte, wie sie in den betreffenden Konventionen der Vereinten Nationen Niederschlag gefunden haben.

Jeder kann sich in Bezug auf Menschenrechtsfragen an den Verein wenden, der gleichzeitig Herausgeber der Zeitschrift „DENK! MAL!“ ist.

Weitere Informationen erhalten Sie über

Homepage: www.lebenundlebenlassen.org

E-Mail: info@lebenundlebenlassen.org

Tel.: +49-89-3106999

Fax: +49-89-32155805

Bankverbindung: Kto Nr. 42 12 52 52

Stadtparkasse München BLZ 70150000

Impressum:

Anschrift Lustheimer Str. 4 b, 85716 Unterschleißheim
Herausgeber Verein Leben & Leben Lassen – zur Verwirklichung der Menschenrechte e.V.
Chefredakteur Massoud Harun-Mahdavi (V.i.S.d.P.)
Redaktion Wilhelm Dietl, Karl-Heinz Nagel, Elisabeth Philipp, Bernd Rill
Verlag D.i.E.

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion. Die Verantwortung für den Inhalt trägt der Verfasser.